Der verkappte parteiische Bürgerverein Gaustadt

Der Verein, der - nach seiner Satzung - den „Zusammenschluss aller Bürger Gaustadts unter Weglassung aller Parteipolitik“ propagiert, ist parteiisch bis dorthinaus.

Schon 1956 gab er die parteipolitische Neutralität auf und trat zusammen mit der CSU auf einer gemeinsamen Liste CSU/BV zur Gemeinderatswahl an (die Bürgermeisterwahl gewann Peter Habermann von der Freien Liste). Das wiederholte sich 1960 und 1966.

Die Bürgermeisterwahl 1960 hat der von der CSU und dem Bürgerverein auf einer gemeinsamen Liste aufgestellte Kandidat Kilian Krug mit 1496 Stimmen (56 %) zu 1174 (44 %) für sich entschieden. CSU und BV bildeten auch eine gemeinsame Fraktion.

Am 21.11.1965 hat sich der Bürgerverein auf eine weitere Zusammenarbeit mit der CSU auf einer gemeinsamen Liste festgelegt. Die in dieser Versammlung gestellte Frage, „warum in letzter Zeit keine SPD-Mitglieder aufgenommen wurden“, ist vom Vorstand dahingehend beantwortet worden, „dass die Ausschussmitglieder in geheimer Abstimmung darüber entscheiden und er verstehe, wenn sie sich bei ihrer Entscheidung die Frage stellen, ob der neue Bewerber nicht möglicherweise dem Verein schaden könne“. Bürgermeister Krug verlor am 27. März 1966 mit 1469 Stimmen (48.8 %) gegen mich (SPD) mit 1544 Stimmen (51.2 %). Beachte auch *Gaustadts trauriges Ende und die Hatz auf den Gaustadter Bürgermeister Andreas Stenglein*, Seite 5.

Da wird ja wohl niemand behaupten wollen, dass der Bürgerverein kein Verein konservativer Prägung mit offenkundiger Nähe zur CSU ist (um nicht ein Anhängsel derselben zu sagen) – selbst wenn sich in der Mitgliederzusammensetzung einiges geändert hat und manche Mitglieder diese einseitige parteipolitische Festlegung nicht wollen.

Als ein gravierendes Beispiel für diese einseitige parteipolitische Ausrichtung will ich noch Folgendes anführen: Mein am 15.9.1962 als Mitglied des Bayerischen Landtags und des Bamberger Kreistags auf Bitte des Vorstands Peter Montag gestellter Aufnahmeantrag ist am 14.1.1963 mit 4:7 Stimmen abgelehnt worden (weil SPD-ler in herausgehobenen Positionen nicht aufgenommen werden).

Zur Verdeutlichung füge ich den Zeitungsartikel *Beim Bürgerverein sind die Würfel noch nicht gefallen* aus dem Jahre 1965 an.

Das Dokument ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, insbesondere das Herstellen von Fotokopien sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, ist ohne meine Einwilligung nicht erlaubt.

© Andreas Stenglein,

Bamberg - Gaustadt, 3. Juli 2020

Beim Bürgerverein sind die Würfel noch nicht gefallen

Marschrichtung für die Kommunalwahlen wird nach Weihnachten festgelegt — Schaden SPD-Mitglieder dem Verein?

Gaustadt (tk). Die Jahreshauptversammlung des Bürgervereins e. V. Gaustadt am Sonntag im Oberen Wirtshaus wäre schnell beendet gewesen, wenn nicht im Punkt „Verschiedenes" noch die Kommunalwahl im Frühjahr 1966 heraufbeschworen worden wäre. In einer außerordentlichen Versammlung werden — man will noch die Weihnachtszeit abwarten — endgültig die Weichen gestellt, ob dieser älteste Gaustadter Bürgerverein auch weiterhin eine gemeinsame Liste mit der CSU aufrechterhält, nur eine Listenverbindung eingeht oder selbständig auftritt.

Die Jahreshauptversammlung wurde vom Vorstand, Zweitem Bürgermeister Peter Montag eröffnet. Nach einem Gedenken an die verstorbenen Vereinsmitglieder gab er einen kurzgefaßten Rückblick über die Ereignisse der letzten zwölf Monate. Er wünschte in einem Ausblick, daß die Einzelinteressen jeden Mitgliedes den Gesamtinteressen unterzuordnen seien. Dann gab der Leiter der Gesangsabteilung, Hans Montag, seinen Tätigkeitsbericht. Er wies besonders darauf hin, daß die Gesangsabteilung aus dem Hauptverein mit Nachwuchs versorgt werden müsse.

Er glaubte, daß seine Abteilung das Vertrauen des Hauptvereins verdiene, denn „durch ein gutes Lied bringt sie den Mitmenschen Freude und Erbauung".

Der Kassenbericht von Hans Ritter wurde einstimmig anerkannt. Die Kassenlage ist in Ordnung. Vorstand Montag bedankte sich bei den Gemeinderatskollegen aus dem Bürgerverein für ihre Arbeit zum Wohle der Gesamtgemeinde. In der Aussprache über die Gemeindepolitik — sie war sehr kurz — wurde der Vorschlag gemacht, der Wohnungsbaugenossenschaft bei ihren Bauprojekten die Auflage zu machen,

auch für echte Kinderspielplätze zu sorgen und nicht immer nur anzuschreiben: „Kinder, schont die Grünanlagen, Eltern, achtet auf eure Kinder,"

Auf die Anfrage von Johann Fuchs, wie sich der Bürgerverein bei der kommenden Wahl verhalten will, antwortete der Vorstand, daß man noch die Weihnachtszeit verstreichen lassen wollte, um hier endgültig Stellung zu nehmen. Daß sich jedoch der Bürgerverein aktiv an der Wahl beteiligen wird, ist klar. Das „Wie" müsse aber erst ausgehandelt werden. So sei die Frage zu klären, ob der Bürgerverein wieder eine gemeinsame Fraktion mit der CSU wie bisher eingeht und ob er einen eigenen Bürgermeisterkandidaten aufstellt.

Da es auch im Bürgerverein viele Meinungen gibt, hat das Ziel zu gelten, möglichst viele Kandidaten in den Gemeinderat zu bringen.

Der Weg dazu ist eine zweite Frage. Daß bereits in der letzten Wahlperiode drei Bürgervereins-Mitglieder dem Gemeinderat angehörten, ist nach Ansicht des Vorstandes ein Erfolg des Zusammenschlusses. Eine Abstimmung im Verein wird den Weg in die Zukunft weisen. Er warnte noch davor, daß sich Gaustadts Bürger in zu viele Gruppen aufteilen und sich nicht mehr zu einigen vermögen.

„Der Bürgerverein wird sich aber nicht davon abhalten lassen, seinen Weg zum Wohle der Allgemeinheit weiter zu gehen."

Auch Erster Bürgermeister Kilian Krug stimmte den Ausführungen des Vorstandes zu und bekräftigte die Stellung des Bürgervereins innerhalb der Gemeinde. „Er habe das Gefühl", sagte er, „daß der andere bestehende Bürgerverein und der neuzugründende nur Distriktsvereine und nicht eine Sammelbewegung aller Gaustadter Bürger sind". Nach seiner Meinung ist in den sechs Jahren der gemeinsamen Arbeit, und gerade durch die dadurch erreichte Mehrheit das Bestmöglichste für Gaustadt geleistet worden. „Die gemeinsame Liste war und ist etwas Gutes".

GR Peter Wosnitza nahm zu diesem Fragenkomplex ebenfalls Stellung und wies warnend auf § 2 der Vereinssatzung hin, der den Zusammenschluß aller Bürger Gaustadts unter Weglassung aller Parteipolitik beinhaltet. Deshalb hält er ein Zusammengehen mit einer politischen Partei nicht für möglich.

Eine Listenverbindung schließlich wäre ohne Weiteres zu akzeptieren, aber auf keinen Fall eine „Ehe" Bürgerverein—CSU. Die Gemeinschaft einer Partei zu stärken sei in seinen Augen immer eine politische Tätigkeit. „Die Beteiligung an den Kommunalwahlen," antwortete der Vorstand, „ist immer eine politische Entscheidung", und er sieht in der Ausnützung der besten Möglichkeiten für den Verein keinen Verstoß gegen die Satzung, denn oberster Grundsatz bleibt, die Bürger zu vertreten.

Nun kam noch das heikle Thema zur Aussprache, und zwar, warum denn in den Bürgerverein in letzter Zeit keine SPD-Mitglieder aufgenommen wurden.

Auch hierauf gab Zweiter Bürgermeister Montag eine Auskunft und er betonte, daß die Aufnahme nach der Satzung einzig und allein den Ausschußmitgliedern vorbehalten ist, die in geheimer Abstimmung über einen solchen Antrag entscheiden. Wer dabei durchfällt, ist kein schlechterer Bürger, jedoch kann er verstehen, wenn sich Ausschußmitglieder bei ihrer Entscheidung die Frage stellen, ob der neue Bewerber nicht möglicherweise dem Verein schaden könne.

Mit der Bitte des Vorstandes, daß sich alle Mitglieder überlegen, wie sie in der Sondersitzung zur Gemeindewahl entscheiden und damit die Zukunft des Bürgervereins mitbestimmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Fränkischer Tag Bamberg v. 23.11.1965, S. 7

Wann enden die Querelen?

REINFELDER ODER REINHARD? Spannend wie ein Western: Im Bürgerverein Gaustadt steht ein Duell der Vereinsbosse kurz bevor. Beide wollen einander ausschließen lassen. Gibt es einen Ausweg?

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED **HERBERT MACKERT**

Bamberg Der Zweck eines Bürgervereins besteht in der Regel darin, das Leben in einer Gemeinde oder im Stadtteil zu verbessern und das Wir-Gefühl zu stärken.

Doch in Gaustadt scheinen diese Ziele zurzeit weit entfernt. Unter den 16 Bürgervereinen der Stadt erhält zwar keiner so viel Aufmerksamkeit wie der 1904 gegründete Bürgerverein in der einst selbstständigen Gemeinde.

Aber nicht, weil die Aktivitäten so beispielhaft oder die ehrenamtlich Engagierten so umtriebig wären, sondern weil der Streit im „Bürgerkriegsverein" kein Ende nehmen will.

An diesem Dienstag könnte es nun zu einem Showdown zwischen Erster Vorsitzender Daniela Reinfelder und ihrem Stellvertreter Harald Reinhard kommen. Beide Kontrahenten wollen sich in einer Ausschusssitzung gegenseitig aus dem Verein ausschließen lassen. Zugleich soll Reinfelder auch der Ehrenvorsitz aberkannt werden. Der Ausschuss ist eines der drei Organe des Vereins. Dem Führungsgremium gehören nach der alten Satzung neben den weiteren zwei Vorständen – Schriftführerin Marleen Meyer und Kassier Jürgen Kellermann – sechs von der Mitgliederversammlung gewählte Personen an. Außerdem der Leiter der Gesangsabteilung, die Ehrenmitglieder, der oder die Vorsitzende des Kirchweihausschusses und die im Stadtteil wohnenden Stadträte, sofern sie Mitglieder des Bürgervereins sind.

Ein Thema unter mehreren Punkten

Als seien die Tagesordnungspunkte das Gewöhnlichste der Welt, werden für die Sitzung lapidar weitere Themen angesetzt wie die Ernennung des am 5. Januar verstorbenen Gaustadter Altbürgermeisters Andreas Stenglein posthum zum Ehrenmitglied und „Vorbesprechung und Information von Festen im Stadtteil".

Beide, Reinfelder und Reinhard, vereinigen hinter sich ein Lager von Getreuen, beide werfen einander vereinsschädigendes Verhalten vor. Reinfelder halten viele im Verein inzwischen für nicht mehr tragbar, weil sie als BuB-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat nicht zwischen Parteipolitik und Bürgervereinsarbeit trenne, Neumitglieder nicht aufnehme und die beschlossene neue Satzung nicht ins Vereinsregister eintragen lasse.

Auch der Schandbaum an der Kerwa im vergangenen Oktober stößt vielen immer noch sauer auf. An einer dünnen, zerzausten Fichte waren teils langjährige Helfer, Vereine und Gruppen aus dem Stadtteil auf Schildern angeprangert worden, weil sie die Zusammenarbeit mit Reinfelder bei der Vorbereitung der Kerwa boykottiert hatten.

Reinfelder wirft Reinhard offenbar ihrerseits vor, Vereinsinterna an die Presse durchgestochen zu haben und mit nicht abgesprochenen Interviews und Auftritten, etwa im *FT*-Streitgespräch, dem Verein geschadet zu haben.

Der Versuch der 64-jährigen Architektin, durch die von ihr anberaumte Ausschusssitzung ihren Stellvertreter Reinhard loszuwerden, bestätigt für Peter Röckelein deren satzungswidriges Verhalten.

„Man kann einen Vorstand nicht selbst abwählen. Da ist Frau Reinfelder völlig auf dem Holzweg oder juristisch schlecht beraten. Sie fährt in eine Sackgasse und findet den Rückwärtsgang nicht mehr", sagt das langjährige Mitglied dem *Fränkischen Tag*.

In einem Schreiben vom 11. März an die vier Vorstände verlangen Röckelein, Georg Wörner und 22 Mitunterzeichner die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung. Darin soll über annähernd 40 unerledigte Neumitgliedsanträge beschlossen werden, die seit Reinfelders Wahl zur Ersten Vorsitzenden im vergangenen Juli liegen geblieben sind.

Aussprache über Verhalten Reinfelders

Weiterer Tagesordnungspunkt: eine Aussprache über „Tätigkeit und Verhalten von Daniela Reinfelder als Erste Vorsitzende des Vereins, grobe Verstöße gegen die Satzung und die Interessen des Vereins sowie schwere Schädigung des Ansehens des Vereins". Anschließend sollen dann die Mitglieder über die Abberufung von Reinfelder als Vorständin, ihren Ausschluss aus dem Verein und die Aberkennung ihrer Ehrenmitgliedschaft abstimmen.

Einen Antrag ähnlichen Inhalts hatten die Vereinsrebellen bereits am 30. September gestellt, waren damit bei Reinfelder aber abgeblitzt. Bei fruchtlosem Ablauf der letzten Frist 28. März 2025 werde nun eine Klage am Amtsgericht eingereicht, kündigt Röckelein (74) an.

Harald Reinhard stellt sich Neuwahl

Auch Harald Reinhard hält es für rechtswidrig, sollte der Ausschuss über den Ausschluss einzelner Vorstandsmitglieder befinden. „Solche Entscheidungen obliegen alleine den Mitgliedern eines Vereins. Daher ist es erforderlich, frühestmöglich eine Mitgliederversammlung durchzuführen", teilte er der Redaktion mit.

„Der gesamte Vorstand sollte geschlossen zurücktreten", so der Lokalpolitiker, der im Herbst im Disput mit CSU-Stadtchef Gerhard Seitz das christsoziale Parteibuch zurückgegeben hatte, um sich dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) anzuschließen.

Weiter bereit, Verantwortung zu tragen

„Damit wäre der Weg frei für Neuwahlen", so der 58-jährige Diplom-Musikfehrer und Kulturmanager. Dann würde er, diesmal für den Ersten Vorsitz, gerne wieder kandidieren. „Gerne bin ich bereit, mich auch im neuen Vorstand für die Belange des Bürgervereins und Gaustadts zu engagieren."

Ob der Verein und der Stadtteil durch ein derart friedliches demokratisches Szenario wieder in ruhiges Fahrwasser kommt, kann bezweifelt werden. Wahrscheinlicher ist, dass der Gaustadt-Western noch weitere Folgen erfährt und es nach dem Showdown im Vereinsausschuss demnächst zu einem High Noon vor Gericht kommt. Ausgang ungewiss.

Bürgerverein wirft Reinhard raus

DRAMA Bei einer Abstimmung entschied sich der Gaustadter Verein gegen seinen Vize. Die anderen Bamberger Bürgervereine fürchten um ihr Ansehen und schließen den Stadtteil aus ihrer Arbeitsgemeinschaft aus.

Grafik: Micho Haller, Fotos: Barbara Herbst, Helmut Ölschlegel (Archiv)

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HERBERT MACKERT

Bamberg In einer dramatischen Sitzung hat der Bürgerverein Gaustadt am Dienstag mit sieben zu eins Stimmen seinen eigenen Vizevorsitzenden Harald Reinhard ausgeschlossen. Der 59-Jährige musste die Ausschusssitzung verlassen – obwohl noch weitere Tagesordnungspunkte auf der Agenda standen wie der Ausschluss von Reinfelder selbst. Dieser wurde ohne Reinhard abgelehnt, wie der Fränkische Tag von Teilnehmern erfuhr.

Damit hat Erste Vorsitzende Daniela Reinfelder die Machtprobe mit ihren Kritikern vorerst für sich entschieden. Doch ob damit in dem krisengebeutelten Verein Frieden einkehrt, darf bezweifelt werden.

In der am selben Tag abgehaltenen Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft der Bamberger Bürgervereine beschlossen diese, dass die Mitgliedschaft des Bürgervereins Gaustadt bis auf Weiteres ruhen soll. „Als Begründung wurde ausgeführt, dass die inzwischen seit vielen Monaten andauernden Vorgänge im Bürgerverein Gaustadt das Ansehen der Bamberger Bürgervereine beschädigen", heißt es in einer Mitteilung der Arge.

Klare Haltung?

Der Antrag sei ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen einstimmig angenommen worden, so Arge-Sprecher Christian Hader. „Mit diesem Beschluss zeigen die Vertreterinnen und Vertreter der Bamberger Bürgervereine klar Haltung. Vereine leben vom Miteinander aller Engagierten und wir hoffen und wünschen uns, dass dies in allen Mitgliedsvereinen bald wieder oberste Handlungsmaxime ist", sagt Hader.

Ist der Ausschluss rechtens?

Reinhard kündigte gegen seinen Vereinsausschluss Rechtsmittel an. „Den Beschluss, mich als Mitglied auszuschließen, werde ich nicht akzeptieren. Entsprechend der Satzung werde ich die Mitgliederversammlung bitten, die Entscheidung des Vorstands und des Beirats wieder aufzuheben", erklärte Reinhard auf FT-Anfrage. „Frau Reinfelder hat mit der Vorgehensweise, ihren eigenen Stellvertreter auszuschließen, wieder einmal gezeigt, dass sie mit der Aufgabe den Bürgerverein Gaustadt zu führen, völlig überfordert ist. Nach meinem Empfinden zeigt Frau Reinfelder krankhaft auffällige Verhaltensstrukturen."

Aus Sicht von Reinhard kann der Ausschuss nur über den Ausschluss von einfachen Mitgliedern aus dem Verein beschließen, nicht aber über Vorsitzende. „Ich wurde von der Mitgliederversammlung gewählt, deshalb muss auch dort darüber abgestimmt werden."

Hoch kochen die Emotionen auch, weil sich Reinfelder nach wie vor weigert, Neumitglieder aufzunehmen. Nach „Gutsfrauenart" bestimme sie über genehme und nicht genehme Neumitglieder, kritisieren die Rebellen im Verein um Peter Röckelein und Georg Wörner.

Selbst Vorstandsmitglieder sind über die Zahl der derzeit nicht bearbeiteten Anträge genauso wenig im Bilde wie darüber, mit welcher Begründung Anträge abgelehnt werden. „Wir haben dazu keine genauen Informationen, auch nicht über einzelne Anträge", erklärt Ausschussmitglied Lucas Büchner.

Vorwurf: Ungleichbehandlung

Während der Gaustadter CSU-Ortsvereinsvorsitzende Benedikt Feuerstake problemlos aufgenommen worden ist, warten die SPD-Stadträtin Inge Eichhorn und SPD-Stadtchef Olaf Seifert (beide wohnhaft in Gaustadt) seit Monaten vergeblich auf eine Antwort.

„Diese Ungleichbehandlung ist nicht akzeptabel und zeigt, dass Frau Reinfelder den Bürgerverein politisch instrumentalisiert", betont Seifert. Laut Paragraf 2 der Satzung bezweckt der Bürgerverein Gaustadt „den Zusammenschluss aller Gaustadter Bürger, unter Weglassung aller Parteipolitik".

Parteibuch sollte nicht zählen

Feuerstake hatte im Dezember auf Einladung von Reinfelder an einem Vorstellungsgespräch teilgenommen. In den Bewerbungstalks wollte Reinfelder die Beweggründe der Antragsteller erfahren. „Kurz danach kam dann die Mitteilung, dass ich aufgenommen bin", schildert Feuerstake das Prozedere in seinem Fall. Er plädiert dafür, dass Parteibücher in Bürgervereinen keine Rolle spielen dürfen. „Ein Bürgerverein ist im Normalfall ja immer glücklich, wenn er viele Mitglieder hat, die sich gerne engagieren", sagt der 39-jährige Handelsfachwirt. Im Normalfall ist man in einem Bürgerverein auch über Vertreter verschiedener Parteien glücklich. Die vermeintliche Parteilichkeit des Bürgervereins Gaustadt hatte auch der im Januar verstorbene letzte Bürgermeister der einst selbstständigen Gemeinde Andreas Stenglein kritisiert.

Fehlende Neutralität beklagt

In seinem Nachlass findet sich unter dem Titel „Der verkappte parteiische Bürgerverein Gaustadt" ein Aufsatz, in dem der Sozialdemokrat unter anderem schreibt: „Der Verein ist parteiisch bis dort hinaus. Schon 1956 gab er die parteipolitische Neutralität auf und trat zusammen mit der CSU auf einer gemeinsamen Liste CSU/BV zur Gemeinderatswahl an. Das wiederholte sich 1960 und 1966."

Selbst als Mitglied des Landtags sei sein Antrag auf Mitgliedschaft 1962 vom Ausschuss mit vier zu sieben Stimmen abgelehnt worden, hat Stenglein notiert. „Weil SPD-ler in herausgehobenen Positionen nicht aufgenommen werden."

Aus diesem Grund hätte ihr Vater eine Ehrenmitgliedschaft abgelehnt, erklären Stengleins Töchter Gudrun und Inge (Eichhorn). Die frühere stellvertretende Bürgervereinsvorsitzende Iris Fischer hatte angeregt, den Altbürgermeister posthum zum Ehrenmitglied zu machen, zog daraufhin aber ihren Antrag zurück.

Warum sich Büchner enthielt

ÖDP-Stadtrat Lucas Büchner bemüht sich im Vereinsausschuss neutral zu sein, sieht sich als „kritischen Begleiter des Bürgervereinsvorstands", was ihm zunehmend schwerfalle. „Ich reiße mich nicht um den Posten und diese Aufgabe." Bei der Abstimmung zum Ausschluss Reinhards hat sich der Zimmerermeister nach eigenen Worten enthalten. „Ich finde schade, dass es so weit gekommen ist. Mein Vorschlag ist, dass in der nächsten Mitgliederversammlung, ob regulär oder außerordentlich, dazu abgestimmt wird."

Für nächste Woche haben Peter Röckelein und Georg Wörner eine Klage am Amtsgericht Bamberg angekündigt. Darin werde die Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die Neuwahl des Vorstands, die Eintragung der im vergangenen März beschlossenen neuen Satzung und die Bearbeitung der Neumitgliedsanträge verlangt, so die beiden langjährigen Mitglieder.

Reinfelder ließ Fragen des Fränkischen Tag bis Redaktionsschluss unbeantwortet. Auf ihrem Facebookkanal kommentiert sie die Vorgänge so: „Leider gibt es eine kleine Gruppe, die versucht, die erfolgreiche Arbeit des Vorstands und seiner Unterstützer zu behindern und den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft zu gefährden. (…) Ich (…) setze alles daran, den Schaden vom Verein abzuhalten."